



Pressemitteilung

Die International Journalists Association (IJA) erinnert anlässlich des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 in der Türkei an die über 100 Kolleg:innen, die aus politischen Gründen weiterhin in den türkischen Gefängnissen einsitzen. Das Erdogan-Regime wirft ihnen u.a. vor Terroristen zu sein und beim Umsturzversuch mitgewirkt zu haben. „Noch zu dem Zeitpunkt, als Menschen auf der Straße starben und der Ausgang des Umsturzversuchs noch ungewiss schien, verkündete der türkische Machthaber Erdogan, dass der Putschversuch ein Geschenk Allahs für ihn war. Denn alles sah danach aus, dass Erdogan einen umfassenden Säuberungsplan bereit hatte“, erinnert Dr. Kamal Sido, der Nahostexperte der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) heute in Göttingen.

„Zwar haben die Repressionen mit dem Putschversuch einen noch nie dagewesenen Höhepunkt in dem Land erreicht, doch auch davor wurden zahlreichen Kolleg:innen immer wieder festgenommen und viele unter ihnen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt,“ so Erkan Pehlivan vom Frankfurter Journalistenverein IJA.

So wurde Enthüllungsjournalist Mehmet Baransu am 2. März 2015 festgenommen. Gegen ihn laufen mehrere Verfahren. In zwei Verfahren wurde Baransu bereits verurteilt, zu jeweils 17 Jahren und 19,5 Jahren Gefängnis, weil er u.a. über Korruptionsfälle und illegale Machenschaften von Regierungsmitgliedern berichtet hatte. Sollte der Journalist in allen Verfahren gegen ihn schuldig gesprochen werden, drohen ihm über 1.000 Jahre Gefängnis.

Die IJA und die GfbV veröffentlichen heute einen kurzen Bericht unter dem Titel: „Wie die Türkei das freie Wort mit Terrorismus gleichsetzt und Journalist:innen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt“.

„Die 100 Journalist:innen und Medienschaffende sitzen auch noch 5 Jahre nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 in der Türkei hinter Gittern. Hunderte von ihnen mussten das Land verlassen, um demselben Schicksal zu entgehen. Tausende Mitarbeiter:innen, etwa beim staatlichen Rundfunk TRT, wurden entlassen, weil ihre Zeitung oder ihr Fernsehsender verboten wurden. Sie sind arbeitslos und werden von der Regierung und Gesellschaft wie „Ausgestoßene“ behandelt,“ schreiben die Autoren des Berichtes, Erkan Pehlivan und Kamal Sido.

Die Presse- und Meinungsfreiheit wird vor allem mit zwei Instrumente verwirklicht: Die Antiterrorgesetze sowie die sog. „Majestätsbeleidigung.“ Jeder Kritiker kann wegen „Propaganda für eine Terrororganisation, Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, Anführung einer Terrororganisation, Gründung einer Terrororganisation oder Beleidigung des Präsidenten“ angeklagt und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Die IJA fordert daher die Bundesregierung auf Maßnahmen zu ergreifen, damit alle Journalist:innen aus türkischen Gefängnissen unverzüglich freikommen und die absurden Anklagen wegen Terrorismus und Kritik am Staatsoberhaupt fallengelassen werden.